

- Meinung der Leser
- Meinung der Leser
- Meinung der Leser

## Verschleierung des wirklichen Tuns

Zu „Nuklearforscher eröffnen ihren Neubau“ vom 5. Februar:

Dieser Neubau eines Bürogebäudes ist der erste große Baustein für die grundlegende Erneuerung des ITU, wie Direktor Thomas Fanghänel bei der feierlichen Eröffnung ausführte. „Umstritten ist die Frage, ob das ITU an der Entwicklung von Atomreaktoren der nächsten Generation beteiligt ist. Die ITU-Experten verweisen immer wieder auf ihren Auftrag, Sicherheitsforschung an heutigen und künftigen Kernbrennstoffen zu leisten“ – hieß es in dem Bericht.

Es ist nicht umstritten, dass diese Brennstoffe für die zukünftigen Reaktorsysteme aber erst entwickelt werden müssen. Bei der Mediation 2011 hat Fanghänel erklärt, sie seien weltweit die einzigen, die an diesem neuen Brennstoff, der Voraussetzung für die „Generation IV“ ist, arbeiten und arbeiten können.

Die Änderungsgenehmigung des Umweltministeriums zu den Forschungsschwerpunkten im ITU besagt: „... ist festgelegt, dass im Zusammenhang mit zukünftigen Reaktorsystemen – zum Beispiel „Generation IV“ – nur Forschungsarbeiten durchgeführt werden,

die sich ausschließlich auf sicherungs- und sicherheitsrelevante Fragestellungen im Hinblick auf den Einsatz von Kernbrennstoffen in diesen Reaktorsystemen und den dazugehörigen Brennstoffkreisläufen, nicht aber auf Entwicklungsarbeiten für diese Reaktorsysteme beziehen.“

Und, so der Chef des ITU im Mediationsverfahren: Gegen Forschung könne man ja nichts haben, denn „man forsche ja nur, man entwickle nur Brennstoffe für Atomkraftwerke, konstruiere und baue aber keine Atomkraftwerke.“ Was die Politik dann damit macht – dafür sei man nicht verantwortlich.

Wie die vom BUND und der Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe in der Mediation vorgelegten Dokumente aus dem ITU eindeutig beweisen, befindet sich die „Forschung“ des ITU in Sachen P & T (Partitioning and Transmutation) – das gleiche gilt für das KIT – bereits im vorindustriellen Maßstab.

Das hat mit Grundlagenforschung und Freiheit der Wissenschaft nichts, aber auch gar nichts zu tun, wie auch die Chefin für P & T im KIT, Concetta Fazio, in einer öffentlichen Uni-Veranstaltung bestätigte. Professor Fanghänel be-

merkte zu den vorgelegten Fakten nur, dass das ITU sich in Zukunft bemühen wird, die verräterischen englischen Vokabeln (z. B. fabrication) bei der Herstellung/Konzipierung von Brennstäben in ihren Publikationen nicht mehr zu benutzen. Er will also nur noch mehr verschleiern, was ITU und KIT hier wirklich tun. Das ITU stellt sich gern als „Atomdetektive“ dar und hebt dies ins Licht der Öffentlichkeit.

Stuttgart erlaubt nicht nur Umgang und Lagerung von 80 Kilogramm Plutonium, 1000 Kilogramm Uran, 300 Kilogramm Thorium und noch vieler anderer Radionuklide, nein, damit erteilt es die Genehmigung zur radioaktiven Verseuchung der Umgebung des ITU. Denn nur dort wird in Baden-Württemberg aus dem Kamin des ITU das hochgiftige und langlebig strahlende Plutonium in die Umwelt abgegeben.

Schlimmer noch. Mit dem Segen für das ITU unterstützt diese Regierung die in der Europäischen Union immer noch vorherrschende Atomkraftgläubigkeit und im Falle Frankreichs fast 100-prozentige Abhängigkeit.

Gudrun Vangermain  
Karlsruhe-Südweststadt

# Nuklearforscher eröffnen ihren Neubau

## Startschuss für umstrittenes Labor im Herbst

Von unserem Redaktionsmitglied  
Elvira Weisenburger

### Karlsruhe/Eggenstein-Leopoldshafen.

Die Protestnoten der Atomkraftgegner eilten ihr voraus, die Politprominenz traf gestern später zum Festakt am Institut für Transurane (ITU) ein. Baden-Württembergs grüner Umweltminister Franz Untersteller war ebenso zur Stelle wie EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) und die CSU-Europapolitikerin Monika Hohlmeier – und das nahmen Umweltschutzaktivisten den Grünen übel: „Die Landesregierung macht einen Kotau vor der Atompolitik Europas, um sich nicht der noch immer mächtigen Kritik der Atomlobby auszusetzen“, kritisierte die Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe.

Allerdings hatten die Atomkraftgegner das Tempo des europäischen ITU überschätzt: Es war nicht die „Grundsteinlegung“ für das umstrittene neue Großlabor der Nuklearforscher, zu der die Politprominenz anreiste, wie einige Gegner meinten. Feierlich eröffnet wurde hinter Sicherheitssperren der neue, 16 Millionen Euro teure Bürotrakt – der erste große Baustein für die grundlegende Erneuerung des ITU, wie Direktor Thomas Fanghänel ausführte. „Die Büros mussten auch aus Sicherheitsgründen ausgesiedelt werden“, erklärte er. „Vor 50 Jahren, als das Institut gegründet wurde, hatte man die Büroräume noch im Labor mitangesiedelt. Das untersagt die Strahlenschutzverordnung heute.“ Sowohl die Baukosten als auch die 18-monatige Bauzeit lagen laut Fanghänel im geplan-

ten Rahmen: „Das ist ja nicht mehr ganz so normal“, betonte er.

Der Bau des neuen Hochsicherheitslabors am ITU soll im Herbst beginnen – dieses Projekt auf dem Nord-Campus des Karlsruher Instituts für Technologie und auf den Gemarkungen Eggenstein-Leopoldshafen und Linkenheim-Hochstetten provozierte eine lange politische Auseinandersetzung. Für die atomrechtliche Genehmigung vom Land musste das EU-Institut schließlich die Höchstmengen der gelagerten radioaktiven Stoffe reduzieren – zum Beispiel von 180 Kilo Plutonium auf 80 Kilo.

Schlagzeilen schreibt das von der EU getragene Institut meist auch, wenn spektakuläre Fälle von Plutonium-Schmuggel oder andere radioaktive Funde bekannt werden: Die ITU-

---

### 16 Millionen Euro für Büros der EU-Atomdetektive

---

„Atomdetektive“ sichern das hochgefährliche Material und die Spuren der Täter. Auch in die Krebsforschung sind Teile des 300-köpfigen ITU-Teams eingebunden: Mit Medizinern entwickeln sie Alphastrahlen-Therapien.

Umstritten ist die Frage, ob das ITU an der Entwicklung von Atomreaktoren der nächsten Generation beteiligt ist. Die ITU-Experten verweisen auf ihren Auftrag, Sicherheitsforschung an heutigen und künftigen Kernbrennstoffen zu leisten. Kritiker wie Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, die gestern auch ans ITU kam, verweisen darauf, dass die neuen Brennstoffe „erst noch entwickelt werden müssen“ und folglich auch Sicherheitsforschung den Weg in eine neue Atomkraft-Ära ebnet.